



Common Ground

# Länderbericht: Tschechische Republik

Die Bedeutung von Bürgerbeteiligung in Politik und Gesellschaft

*Von Andrea Culková*

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Wie wird die Beteiligung der Bürger an Politik und Gesellschaft in der Tschechischen Republik verstanden?</b>	<b>3</b>
<b>2. Welche Formen der Bürgerbeteiligung sind in der Tschechischen Republik am weitesten verbreitet und welche institutionellen Strukturen gibt es, um eine deliberative Bürgerbeteiligung auf nationaler, regionaler und/oder lokaler Ebene zu unterstützen?</b>	<b>4</b>
<b>3. Wie beeinflussen historische und kulturelle Faktoren das Verständnis von Bürgerbeteiligung in der Tschechischen Republik?</b>	<b>8</b>
<b>4. Welche Gesetze und Verordnungen gibt es in der Tschechischen Republik, um die deliberative Bürgerbeteiligung zu unterstützen, und gibt es spezifische Richtlinien oder Initiativen, die die deliberative Bürgerbeteiligung in Politik und Gesellschaft unterstützen, wie etwa lokale Richtlinien oder nationale Programme?</b>	<b>10</b>
<b>5. Wie effektiv sind diese Strukturen? Gibt es irgendwelche Hindernisse oder Barrieren, die ihre Funktionsfähigkeit einschränken?</b>	<b>13</b>
<b>6. Wie wird deliberative Bürgerbeteiligung in der politischen Arena diskutiert und wahrgenommen? Ist sie weithin akzeptiert oder wird sie als umstritten wahrgenommen und wie ist die Haltung der relevanten politischen Akteure zum Thema Bürgerbeteiligung?</b>	<b>14</b>
<b>7. Interviews</b>	<b>15</b>
<b>8. Links</b>	<b>15</b>
<b>9. Autorin</b>	<b>16</b>
Impressum	17

# 1. Wie wird die Beteiligung der Bürger an Politik und Gesellschaft in der Tschechischen Republik verstanden?

In der Tschechischen Republik beginnt und endet die Beteiligung der Bürger am demokratischen Leben am häufigsten an der Wahlurne, und diese Form der Beteiligung wird seit langem als die wichtigste angesehen. Die Befragung von Experten bestätigte die Ergebnisse eines kürzlich erschienenen OECD-Berichts, in dem der Tschechischen Republik empfohlen wird, ihre unterentwickelte Beteiligungskultur und ihre fehlende gesetzliche Verankerung deutlich zu verbessern. Obwohl die Tschechische Republik auf eine lange Tradition der Erprobung verschiedener partizipativer Methoden zurückblicken kann, hat sie auch 30 Jahre nach ihrer Gründung keine übergreifende Vision der Beteiligung von Bürgern und Interessengruppen an öffentlichen Angelegenheiten. Bei der öffentlichen Entscheidungsfindung auf zentraler Ebene fehlt es an einer Kultur der Beteiligung und an einem weit verbreiteten Verständnis für deren Wesen und Nutzen. Ein damit zusammenhängendes Problem ist, dass die öffentlichen Verwaltungen kein klares Konzept haben, warum, wie, was und wen (welche Organisationen, Netzwerke oder Bürger direkt) sie einbeziehen und wie sie diese Zusammenarbeit organisieren sollen.

Auch wenn die verschiedenen Organisationen der Zivilgesellschaft nicht Gegenstand dieses Berichts sind, ist für das Verständnis der Kultur der Zusammenarbeit von staatlichen und lokalen Behörden mit Bürgern und Interessenvertretern von entscheidender Bedeutung zu verstehen, dass die Behörden noch immer sehr wenig Verständnis für die verschiedenen Arten und gesellschaftlichen Rollen von NRO (Nichtregierungsorganisationen) haben. Dies zeigt sich am deutlichsten bei der Finanzierung, wobei fast 40 % der Mittel in den Bereich Sport und Leibeserziehung fließen. Einige Ministerien unterscheiden nicht zwischen Zivilgesellschaft, Fachleuten und Akademikern oder Wirtschafts- (Unternehmen, Industrie, Finanzen) und Sozialpartnern. Dadurch wird die Rolle der verschiedenen Akteure an den Rand gedrängt und die Transparenz der partizipatorischen Prozesse wird stark eingeschränkt. Bei der zukünftigen Umsetzung und Institutionalisierung von deliberativen Prozessen der Bürger in der Tschechischen Republik ist es notwendig, gleichzeitig die Rolle und die Beteiligung der Stakeholder im gesamten Ökosystem der Politikgestaltung zu systematisieren und transparent zu machen. Denn Stakeholder spielen sowohl bei der Formulierung der Themen und Fragestellungen/ Dilemmata von deliberativen Prozessen als auch in den Lern- und Überprüfungsphasen der Empfehlungen von Bürgerversammlungen eine potentiell wichtige Rolle. Bislang wurde in vielen Bereichen das Fehlen eines konzeptionellen Ansatzes mit angemessener methodischer Unterstützung seitens des Staates durch eigene Interpretationen der Ministerien und Regionalregierungen ersetzt.

Meine Untersuchungen und auch der OECD-Bericht zeigen, dass Beamte aus verschiedenen Ministerien Partizipation unterschiedlich definieren. Sie sind oft nicht in der Lage, die größeren Unterschiede und Besonderheiten zwischen Bürgern und Stakeholdern zu unterscheiden und wahrzunehmen, und verwechseln die Konzepte der Bürger- und Stakeholder-Beteiligung mit Konzepten wie der einfachen Information über Politik, Transparenz, Lobbying, Einflussnahme oder Fragebogenerhebungen. Begriffe wie „deliberative Prozesse“, „Bürgerversammlungen“ oder „Bürgerjürs“ sind den meisten völlig unbekannt oder werden als Einbeziehung von

NRO (Nichtregierungsorganisationen) in den politischen Dialog missverstanden. Der Grund, warum viele im Zusammenhang mit Partizipation und Deliberation speziell auf NRO verwiesen haben, mag darin liegen, dass eine neue Methodik für die Beteiligung von NRO in Beratungs- und Arbeitsgremien und bei der Erarbeitung von Dokumenten der staatlichen Verwaltung derzeit in ausgewählten Ministerien getestet wird. Die Methodik wurde von der Arbeitsgruppe des Regierungsrates für nichtstaatliche Non-Profit-Organisationen erarbeitet.

Die OECD reagiert in diesem Sinne, wenn sie der Tschechischen Republik eine einheitliche Definition der Bürger- und Stakeholder-Beteiligung empfiehlt. Die folgenden Empfehlungen geben einen kurzen Einblick, wie viel getan werden muss, um das Umfeld für die Bürgerbeteiligung in der Tschechischen Republik zu stärken und den Übergang von Ad-hoc-Verfahren zu institutionalisierten Mechanismen zu gewährleisten. Die OECD empfiehlt die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Bürger- und Stakeholder-Beteiligung, das eine stärkere Nutzung der Partizipation ermöglicht, die Praktiken zwischen den Institutionen der öffentlichen Verwaltung harmonisiert und ihnen und den Beamten Unterstützung (Anleitung und technische Hilfsmittel) bietet. Im Einklang mit dieser Empfehlung schlägt sie dann vor, den Umfang und die Zusammensetzung des bestehenden Rates für Nichtregierungsorganisationen zu erweitern und ihn in einen Regierungsrat für Bürger- und Stakeholder-Beteiligung umzuwandeln. Darüber hinaus wird empfohlen, im Einklang mit den strategischen Dokumenten die Entwicklung einer integrierten Open-Government-Strategie zu erwägen, bei der der Schwerpunkt auf der Partizipation liegt, um die Partizipationsagenda in einem breiteren Kontext zu verankern und die Synergien mit den Initiativen für Transparenz und Rechenschaftspflicht voll auszuschöpfen. Außerdem wird empfohlen, in allen Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung ein eigenes Referat oder eine eigene Stelle zur Förderung der Beteiligung von Bürgern und Interessengruppen einzurichten.

## **2. Welche Formen der Bürgerbeteiligung sind in der Tschechischen Republik am weitesten verbreitet und welche institutionellen Strukturen gibt es, um die deliberative Bürgerbeteiligung auf nationaler, regionaler und/oder lokaler Ebene zu unterstützen?**

Wenn wir eine nicht-elektorale Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erleben, dann nur auf lokaler Ebene; auf nationaler Ebene gibt es keine partizipativen deliberativen Prozesse. In der Vergangenheit wurde Partizipation als ein bequemes Instrument zur Stärkung des Zusammenhalts der lokalen Gemeinschaft angesehen und deutlich weniger als ein Weg, um regelmäßig systemische Politiken und Entscheidungen gemeinsam mit den Bürgern zu entwickeln. Oft waren es Nichtregierungsorganisationen, die die Instrumente der Partizipation in die Praxis umsetzten und auf lokaler Ebene erprobten (Agora, Na Zemi, Edutica, Ökumenische Akademie, CEDU, Prague Mothers – Walking through the City), doch im Laufe der Zeit kamen private Unternehmen hinzu, die sich direkt auf Partizipation konzentrierten, oder Architekten und Stadtplaner, die aktiv mit Partizipation arbeiten, wie OnPlan, Norm-A, Architects at School, Participation Factory, oder Soziologen und Anthropologen (Anthropictures, Socionaut). Viele

von ihnen wurden vom Institut für Planung und Entwicklung der Stadt Prag (IPR) als Beteiligungskordinatoren ausgebildet.

Die beiden folgenden Listen zeigen, dass die angewandten Partizipationsmethoden die drei grundlegenden Ziele widerspiegeln: Information der Öffentlichkeit, Sammlung von Beiträgen, eventuell Schlichtung und Legitimierung eines geplanten Projekts. In der Praxis gibt es nur sehr wenige Prozesse, bei denen die Bürger eine zentrale Rolle spielen und die in ihrer Struktur eine Bildungskomponente enthalten, die durch Beratung zu informierten Entscheidungen – Empfehlungen – führt. Wie der OECD-Bericht und die befragten Experten betonen, gibt es keine klar definierten und gemeinsamen Standards für die Qualität der Prozesse. Daher handelt es sich oft um einen so genannten „Freifahrtschein“, bei dem die Struktur und der Inhalt der Beteiligung vollständig an die Absichten des Auftraggebers angepasst werden, oft sogar während des Prozesses. Wie aus den Interviews hervorging, fehlt es in der Praxis spürbar an Qualitätsstandards und ethischen Grundsätzen, die Qualitätsprozesse klar von „Partizipationswäsche“ abgrenzen würden. Dies macht den Prozess für die Bürger oft intransparent. Ebenso fehlt es oft an klar formulierten und beschriebenen Absichten für den partizipativen Prozess und an der Gewissheit, dass die Ergebnisse umgesetzt werden. Für die Teilnahme an allen Prozessen gibt es keinen Anspruch auf ein Honorar. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten keine finanzielle Entschädigung und müssen an den Prozessen in ihrer Freizeit teilnehmen. Die wenigsten Prozesse bilden ansatzweise demografische Kriterien bei der Bildung der teilnehmenden Gruppe ab, so dass sehr oft dieselben engagierten Bürgerinnen und Bürger, die über das entsprechende soziale Kapital und die entsprechenden Ressourcen verfügen, an den Prozessen teilnehmen. Soziale, geschlechts-, gesundheits- und altersbedingte sowie anderweitig marginalisierte und gefährdete Bevölkerungsgruppen sind in den Prozessen tendenziell nur minimal vertreten.

Die Bereiche, in denen die Beteiligung am meisten genutzt wird, sind Entwicklungsstrategien, Raumplanung und Architektur (Entwicklungsprojekte), Kultur und Prozesse, die sich mit den Umweltauswirkungen von Projekten befassen.

Historisch gesehen hat die Umsetzung der Agenda 21 eine wichtige Rolle im Bereich der Partizipation gespielt. 1994 wurde nach dem Vorbild Dänemarks ein Gemeindeverband mit dem Namen Nationales Netzwerk gesunder Städte und Regionen der Tschechischen Republik gegründet. Es handelt sich um einen professionell ausgerichteten Verband von 135 Städten, Gemeinden und Regionen, der seit mehr als 30 Jahren tätig ist. Die einzelnen Mitglieder (Städte, Gemeinden, Regionen) nutzen die Partizipation als Ergänzung zur Kommunikation und Präsentation des Strategischen Entwicklungsplans, wo sie in der Regel alle ein bis zwei Jahre öffentliche Foren und runde Tische veranstalten. Neben dieser Organisation gibt es den Konvent der Bürgermeister, der aktive Vertreter mit Interesse an der Nachhaltigkeit und einer positiven Einstellung zur Beteiligung zusammenbringt.

Die vom Gesunde-Städte-und-Regionen-Netz am häufigsten eingesetzten partizipativen Methoden sind:

- Öffentliches Forum (wird oft für die gegenseitige Kommunikation einzelner Interessengruppen genutzt, die Öffentlichkeit wird nur unsystematisch einbezogen)

- Runder Tisch (wird ebenfalls häufig für gegenseitige Beratungen zwischen Interessenvertretern und der Öffentlichkeit genutzt)
- Gefühlskarten - Meinungen der Bürger in einer Karte (Sammlung von Eingaben, keine Beratung)
- eAnnouncements und andere Formen von Fragebogenerhebungen und soziologischen Erhebungen (diese richten sich an die Bürger). Sie arbeiten nicht mit irgendeiner Form von Deliberation oder informierter Meinung. Auch hier geht es um eine Sammlung von Meinungen und Vorschlägen.
- Bürgerhaushalte - Bürgerhaushalte in Kombination mit deliberativen Prozessen scheinen der richtige Weg zu sein, um eine Kultur der deliberativen Demokratie im Lande zu schaffen und zu stärken. Schließlich war dies auch eine der Empfehlungen der OECD. Das Problem mit der derzeitigen Praxis der Bürgerhaushalte ist, dass sie leider nur über geringe Geldbeträge verfügen und die Projekte, für die sie verwendet werden, von geringer Bedeutung sind. Eine Mini-Umfrage (50 Personen) bestätigte, dass es sich um unbedeutende Projekte handelt (Bücherei-Stand, Landschaftsgestaltung), die zudem mit dem Wechsel im Rathaus nach der Wahl oft nicht einmal vollständig oder überhaupt nicht umgesetzt werden.
- Schul- und Jugendforum – ein Treffen von Schülern und Vertretern der Städte und Dörfer. Die Foren enthalten Elemente der Beratung, haben aber keine pädagogische Komponente. Sie umfassen lediglich eine Sammlung von Vorschlägen. Die Schülervertreter werden selektiv ausgewählt, so dass zumeist die besten Schüler und nur sehr selten die sozial Schwächere teilnehmen.

Zur Veranschaulichung wähle ich ein konkretes Fallbeispiel aus einer derzeit geplanten Veranstaltung. Das Zitat aus der Einladung zeigt, dass der Veranstalter nicht zwischen den verschiedenen Akteuren (Stakeholder, Bürger) unterscheidet und außer der Anzahl der Teilnehmer keine Regeln und Kriterien für deren Teilnahme vorgibt. Intern ist die Höchstzahl von 20 Teilnehmern pro Tisch festgelegt. Der Organisator stellt nur eine sehr kurze Zeit für die Teilnahme zur Verfügung und wählt sehr breite und allgemeine Themen. Der Prozess hat keine pädagogische Komponente und bietet keine Mechanismen für die Öffentlichkeit, um die Empfehlungen laufend weiterzuerfolgen.

### **Öffentliches Forum der Gesunden Region Vysočina 2023**

*„Ich möchte nicht nur Vertreter der öffentlichen Verwaltung, des gemeinnützigen Sektors und der Wirtschaft, der Bildungs- und Berufsverbände, sondern auch die breite Öffentlichkeit einladen.“*

Die Rundtischgespräche dauern nur 60 Minuten, wobei die Teilnehmer die beiden wichtigsten Themen auswählen. Diese werden dann an den anderen Tischen vorgestellt. Am Ende wird über die wichtigsten Themen abgestimmt. Die Ergebnisse der Veranstaltung werden dann durch eine öffentliche Umfrage validiert, deren Ziel es ist, die formulierten Themen in einer möglichst breiten Öffentlichkeit zu testen. Nach der Auswertung der Umfrage werden die überprüften Vorschläge dem Regionalrat zur Diskussion vorgelegt, der dann Aufgaben und Zuständigkeiten für die Lösung der Probleme festlegt. Die geprüften Probleme bilden auch die Grundlage für die Erstellung und Fortschreibung des strategischen Entwicklungsplans.

Thematische Tische:

1. Forschung und Innovation, Unternehmertum, Beschäftigung  
(einschließlich lebenslanges Lernen)
2. Bildung (Kindergärten, Grundschulen, weiterführende Schulen, Universitäten)
3. Gesundheit und Gesundheitsprävention
4. soziales und Wohnungswesen
5. Verkehr (Infrastruktur und Verkehrsdienste)
6. Öffentliche Verwaltung, Entwicklung, Großinvestitionen und ländliche Entwicklung
7. Land- und Forstwirtschaft
8. Umwelt
9. Tourismus und Kultur
10. Freizeit und Sport
11. der Jugendtisch

Ein weiterer wichtiger Akteur auf dem Gebiet der Partizipation, insbesondere der partizipativen Planung, ist zweifellos das Institut für Planung und Entwicklung der Hauptstadt Prag (IPR), eine Organisation, deren Gründerin die Hauptstadt Prag ist. Es ist Prags wichtigste konzeptionelle Arbeitsstätte auf dem Gebiet der Architektur, Stadtplanung, Entwicklung und Stadtgestaltung und wirkt an wichtigen Entscheidungen in diesen Bereichen mit. Wichtige Persönlichkeiten haben sich im Zentrum der Partizipation abgewechselt und Beispiele guter Praxis in die Tschechische Republik gebracht und die Stadt dazu gebracht, die Partizipation in irgendeiner Weise zu berücksichtigen. Durch die Ausbildung von Koordinatoren im Bereich der partizipativen Planung hat das IPR einzelne Gemeinden in die Lage versetzt, die Partizipation in ihre Prozesse einzubeziehen. Im Gegensatz zur Hauptstadt Prag verfügen die Gemeinden über ein begrenztes Budget und sind daher nicht sehr bereit, Mittel für die Beteiligung bereitzustellen. Das IPR verfügt auch über einen großzügigen Raum in seinem Zentrum für Architektur und Stadtplanung, in den es Experten aus dem Ausland einlädt und anderen Städten und Gemeinden Anregungen und Beispiele für bewährte Verfahren liefert. Das IPR ist auch die erste Stelle, die in Zusammenarbeit mit der Plattform für Bürgerversammlungen Informationen über Bürgerversammlungen auf ihre Website stellt und dieses Instrument den aktiven Koordinatoren in den Stadtteilen vorstellt. Es ist zu betonen, dass die Position des Beteiligungskordinators nicht dauerhaft ist und viele Gemeinden diese Position nicht eingerichtet haben. Zum Thema politisches Klima und Partizipation ist anzumerken, dass einige Mitarbeiter des Partizipationszentrums in der Vergangenheit aufgrund von übermäßigem politischen Druck und geringem Willen zur Institutionalisierung und Evaluierung der Prozesse aus Protest gegangen sind.

In seinem Partizipationshandbuch (2016) listet das IPR die folgenden partizipativen Methoden auf. Die umfassende Liste zeigt, dass sich auch hier nur wenige Methoden direkt und konkret an die Bürgerinnen und Bürger richten, die meisten Methoden überhaupt nicht mit dem Bildungsteil im Prozess arbeiten und nur in sehr begrenztem Maße beim Aufbau der teilnehmenden Gruppe die demographische Vielfalt der Region, für die die Beteiligung durchgeführt wird, unterstützen. Der Umfang des Berichts erlaubt es nicht, auf jede der verwendeten Methoden einzugehen.

Methoden, die im Beteiligungshandbuch, IPR, empfohlen werden:

- Tag der offenen Tür
- Fragebogen-Umfrage
- Forum für die Zukunft
- Planungsbüro der Gemeinde
- Gemeinschaftsspaziergang/Fahrradtour
- Konsultationsstand
- Runder Tisch
- Mediation
- Großstädtisches Sounding Board
- Online-Tools für die Informationsbeschaffung
- Online-Plattform
- Planungstour
- Planungswochenende
- Arbeitsgruppe
- Soziologische Umfrage
- Nachbarschaftstreffen über die Karte
- Erstellung von Modellen
- Benutzergruppen
- Visionssuche
- Öffentliche Anhörung

### **3. Wie beeinflussen historische und kulturelle Faktoren das Verständnis von Bürgerbeteiligung in der Tschechischen Republik?**

Das gesellschaftliche Leben eines großen Teils der Bevölkerung war im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts unter der österreichisch-ungarischen Monarchie und nach der Gründung der Tschechoslowakei (1918) sehr aktiv. Es gab viele Vereine und Verbände sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene – Pfadfinder und ähnliche Organisationen sowie sehr viele und aktive Laientheatervereine. Der Kooperativismus war sehr wichtig. Die Tschechoslowakei mit ihrem dichten Netz genossenschaftlicher Geldinstitute wurde zu einem Modell für die Unterbindung von Wucher (in der Ersten Republik erfüllten Zinsen von mehr als 12% pro Jahr den Tatbestand des Wuchers, der mit einer Gefängnisstrafe geahndet wurde; heute sind in der Tschechischen Republik Zinsen von mehr als 60–70% nur sehr schwer nachzuweisen). Die Wurzeln des Genossenschaftswesens reichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Die Spar- und Kreditgenossenschaften unterteilten sich in städtische Genossenschaften (bürgerliche Kreditgenossenschaften) und ländliche Genossenschaften (kampelik und raiffeisenky). Im Finanzsektor und in der Landwirtschaft spielten die Genossenschaften mit Tausenden von florierenden Genossenschaften eine absolut dominierende Rolle. Die Aktivitäten der Spar- und Kreditgenossenschaften waren mit denen der Nicht-Kreditgenossenschaften verflochten, und ihre organisatorischen Verbindungen halfen anderen genossenschaftlichen Sektoren. Die Mitglieder der Genossenschaften, d. h. die Bürgerinnen und Bürger, hatten sowohl Sichtbarkeit als auch Mitverantwortung und konnten mitbestimmen, wo und wie die Mittel, die ihrer Genossenschaft zur Verfügung standen, investiert wurden. Der schrittweise



Abbau des Systems begann unter dem Protektorat (1941) und wurde in den 1950er Jahren allmählich abgeschlossen. Der Wiederaufbau in den 1990er Jahren scheiterte daran, dass es, wie in anderen Bereichen auch, keine klar definierten Regeln gab, so dass die Verwaltung der Genossenschaftslager ein Pyramidenspiel war, das zum Zusammenbruch verurteilt war. Dies stärkte nicht das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Fähigkeit, in wichtigen Fragen Entscheidungen zu treffen und an die Vorkriegstraditionen anzuknüpfen.

Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1989 in der ehemaligen Tschechoslowakei wurden von einer Öffentlichkeit angestoßen, die über eine völlig unzureichende Umwelt und Umweltorganisationen frustriert war. Noch Anfang der 1990er Jahre wurde das Thema Ökologie von der Öffentlichkeit als entscheidend wahrgenommen, und damit einher ging die Unterstützung für die Aktivitäten ökologischer Organisationen und Verbände. Sich aktiv für eine bessere Umwelt einzusetzen, schien in den Augen der Öffentlichkeit legitim und wünschenswert zu sein, egal ob es sich um das Engagement von Einzelpersonen oder von NRO handelte. Mit der Teilung der Tschechoslowakei verschwanden einige Schlüsselpositionen in Institutionen, die die Beteiligung der Öffentlichkeit und den Aufbau einer Zivilgesellschaft auf der Grundlage der Prinzipien der Nachhaltigkeit unterstützt hatten. Ironischerweise geschah dies 1993, wenige Monate nachdem der tschechoslowakische Staatschef Josef Vavroušek in Rio eine radikale Rede über die Reform, Verschlinkung und Demokratisierung der UNO gehalten hatte, in der er die Entschlossenheit seines Landes verkündete, einen so genannten dritten Weg einzuschlagen, bei dem die Menschenrechte und die Umwelt im Mittelpunkt stehen sollten, d. h. weder staatliche Planwirtschaft noch Kapitalismus. Leider wurde fast nichts von dem, was er sich vorgenommen hatte, in die Gesetze und die Verfassung aufgenommen.

Mit der beispiellosen Ermächtigung neoliberaler Politiker wie Václav Klaus und dann leider auch mit der Unterstützung einer Reihe von Sozialdemokraten unter der Führung von Miloš Zeman hat eine lange Ära der Abwertung der Rolle der Bürger bei der Gestaltung der Politik begonnen. Die Demokratie wurde auf Wahlen als Schlüsselhandlung reduziert, wobei der Bürger alles den Politikern als pragmatischen Experten der Macht oder einem Expertenapparat anvertraut. In der Vergangenheit herrschte großes Misstrauen gegenüber den geistigen Fähigkeiten der „laienhaften“, nicht professionellen Öffentlichkeit, während gleichzeitig die Funktion der NRO ins Lächerliche gezogen wurde, um es mit den Worten von Václav Klaus auszudrücken: „NRO sind oft eine Wohltätigkeitsorganisation für arbeitslose Intellektuelle“. Die genannten Politiker waren mit ihren Äußerungen nicht allein, und die Mitglieder von NRO wurden als Schmarotzer, naive Sonnenanbeter und Parasiten bezeichnet, als diejenigen, die unnötigerweise und in beispielloser Weise öffentliche Gelder abzweigen. Dabei sind es gerade diese NRO, die seit vielen Jahrzehnten viele der Leistungen erbringen, ohne die das Funktionieren des Staates nicht auskommt. Engagiert zu sein, bedeutet mittlerweile, extrem, verdächtig oder opportunistisch zu sein und die demokratische Entwicklung des Landes potenziell zu gefährden. In diesem Zusammenhang ist von einem „Zombie-Sozialismus“ die Rede, bei dem alles Soziale, einschließlich der Forderung nach einer Beteiligung der Bürger und der NRO an der Entscheidungsfindung, von einem lautstarken Teil der Öffentlichkeit und den Medien als schädliche und gefährliche Tendenz zum Kommunismus ausgelegt wurde. Im Gegenteil, die Trennung von Bürgern und Entscheidungen wurde als wünschenswert empfunden. Der Bürger war frei, über die Erfüllung seiner Bedürfnisse im Rahmen des Konsums zu entscheiden. Denn neben der neoliberalen Ideologie war es der freie Markt, der für die Demokratisierung des Landes und seiner Prozesse sorgen sollte. Der Ministerpräsident und Staatspräsident Václav

Klaus sprach von Öko-Terroristen, der Ministerpräsident und Staatspräsident Miloš Zeman von grünen Fanatikern, beide bezogen sich auf diejenigen, die sich in NGOs zusammenschließen, die sich der Ökologie und der Klimakrise widmen, oder die öffentlich protestieren. Die zunehmende negative Haltung gegenüber der Ökologie und der Zivilgesellschaft ist typisch für die lange aktive Laufbahn dieser wichtigen Politiker.

Sowjet (tschechisch für „Rat“) war die Bezeichnung für eine sozialistische Vereinigung von Arbeitern, Angestellten (Arbeiterräten), Soldaten und Bauern in Russland. In der Sowjetunion (UdSSR), die nach ihnen benannt ist, waren Sowjets politische Gremien, die formale Macht hatten. Wenn wir über Bürgerversammlungen sprechen, reagiert ein Teil der älteren Generation (55+) verächtlich und sagt, dass wir die Sowjets wieder einführen wollen. Das ist paradox, denn die sozialistische Tschechoslowakei hat nie das sowjetische Modell der Staatsführung übernommen, sondern sich auf die Traditionen der Ersten Republik berufen. Obwohl die CSSR die Staatsführung formal als demokratischen Zentralismus bezeichnete, handelte es sich in Wirklichkeit um ein bürokratisch-direktives System.

Im Gegensatz zu vielen anderen OECD-Ländern ist in der Tschechischen Republik die Beteiligung von Bürgern und Interessengruppen in bestimmten Bereichen der öffentlichen Politik (z. B. Gesundheit, Verkehr, Bildung usw.) kaum geregelt. Ausnahmen sind paradoxerweise zum einen das Gesetz Nr. 100/2001 über die Umweltverträglichkeitsprüfung und über die Änderung einiger damit zusammenhängender Gesetze, das die Beteiligung an der Formulierung der Umweltpolitik regelt, sowie zum anderen das Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten (Aarhus-Konvention), das die Tschechische Republik 1998 unterzeichnet und 2004 ratifiziert hat.

#### **4. Welche Gesetze und Vorschriften gibt es in dem Land, um die deliberative Bürgerbeteiligung zu unterstützen, und gibt es spezifische Richtlinien oder Initiativen, die die deliberative Bürgerbeteiligung in Politik und Gesellschaft unterstützen, wie etwa lokale Richtlinien oder nationale Programme?**

In der 1993 verabschiedeten tschechischen Verfassung heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus; es übt sie durch Legislative, Exekutive und Judikative aus.“ (Artikel 2(1)). In den Artikeln 18 bis 20 finden sich Bestimmungen, die das aktive und passive Wahlrecht festlegen und schützen. Im Gegensatz zu den Verfassungen vieler anderer OECD-Länder enthält die tschechische Verfassung keine ausdrückliche Definition der Beteiligung von Bürgern und Interessengruppen an der Politikgestaltung und/oder der Erbringung von Dienstleistungen. Die Grundlage für diese Art der Beteiligung ist die Charta der Grundrechte und -freiheiten von 1992, die Teil der Verfassungsordnung der Tschechischen Republik ist. Bislang hat es keine breitere gesellschaftliche Debatte darüber gegeben, dass die Beteiligung der Bürger an der

Politikgestaltung legitim ist und in vollem Einklang mit den ethischen Grundsätzen der Charta der Menschenrechte und Freiheiten stehen muss. So gibt es beispielsweise im Netzwerk zum Schutz der Demokratie, dessen Expertenarbeitsgruppen Bedrohungen in den Bereichen politische Staaten und Wahlen, Verteidigung, Sicherheit und Außenpolitik, Verfassungsordnung, Strafverfolgung und Justiz, Menschenrechte, politische Rechte, öffentliche Verwaltung und Medien bewerten, keine eigene Gruppe, die sich mit der Bürgerbeteiligung befasst. Folglich ist die Bewertung der Bürgerbeteiligung kein regelmäßiger Bestandteil des Jahresberichts über den Zustand der tschechischen Demokratie.

Der OECD-Bericht empfiehlt eine Überprüfung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens für die Beteiligung von Bürgern und Interessenvertretern. Das einzige Dokument, in dem deliberative Prozesse zur Verbesserung der Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Verwaltung ausdrücklich erwähnt werden, ist der Strategische Rahmen Tschechische Republik 2030. Aus den Interviews und dem OECD-Bericht geht hervor, dass dieser Rahmen zwar operationalisiert werden sollte, aber eine umfassende Umsetzung in Bezug auf deliberative Prozesse der Bürger noch nicht stattgefunden hat. Der Regierungsrat für Non-Profit-Organisationen hat bisher nur die oben erwähnte Strategie für die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und den NRO für 2021–2030 entwickelt, einschließlich Hintergrundstudien und Konsultationsregelungen, sowie eine Follow-up-Methode, die derzeit getestet wird. Was die Kapazitäten betrifft, so ist im Regierungsbüro niemand direkt mit der Bürgerbeteiligung befasst. Aus diesem Grund empfiehlt die OECD auch die Umwandlung des Regierungsrats für gemeinnützige Organisationen in einen Regierungsrat für Bürger- und Stakeholder-Beteiligung sowie die Einrichtung eines Beratungszentrums zur Synchronisierung und Koordinierung der Bemühungen um bürgerschaftliches Engagement. Was die Zusammensetzung des neuen Rates betrifft, so könnte dieser laut OECD aus (ausgewählten) Mitgliedern des bestehenden NRO-Rates, Experten für die Koordinierung der institutionellen Beteiligung und zufällig ausgewählten Bürgern bestehen. Obwohl es innerhalb des Rates selbst Unterstützung für diesen Schritt gibt, haben Interviews gezeigt, dass der politische Wille noch nicht stark genug ist. Abgesehen davon hält es die regierende Vertretung in der Logik eines schlanken Staates nicht für wünschenswert, neue Projekte zu starten oder neue Beamte einzustellen.

Im Bericht über den Stand der öffentlichen Verwaltung in der Tschechischen Republik wird das allgemeine Bestreben geäußert, eine stärkere Beteiligung von Bürgern und Interessengruppen und deren Einbeziehung in die Gestaltung der öffentlichen Politik anzustreben. Eine ähnliche Absicht wird in dem Konzeptpapier Kundenorientierte öffentliche Verwaltung erwähnt. Die Tschechische Republik hat auch die US-Erklärung zur offenen Verwaltung der Open Government Partnership (OGP) unterzeichnet, in der sie sich ebenfalls zur Förderung der Beteiligung von Bürgern und Interessenvertretern an der Entscheidungsfindung und der Erbringung von Dienstleistungen verpflichtet. Für die Entwicklung der Strategie und ihre Umsetzung ist das Justizministerium zuständig. Es ist auch für alles zuständig, was mit der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der OECD-Arbeitsgruppe für offene Verwaltung zusammenhängt. Das Umweltministerium und das Ministerium für regionale Entwicklung haben die Befugnis (und nur begrenzte Erfahrung) mit der Beteiligung an relevanten Politiken. Auch hier ist die Erfahrung überwiegend mit der Beteiligung von Interessengruppen und nicht mit der Beteiligung von Bürgern.

Die Tschechische Republik ist ein Meister im Verfassen von Strategiedokumenten, aber es

gelingt ihr nicht, diese wirksam umzusetzen. Ein Beispiel dafür ist das breite Spektrum an Strategien, die sich an bestimmte gesellschaftliche Gruppen richten und von denen viele nicht nur ein politisches Engagement, sondern manchmal auch konkrete Initiativen zur Förderung der Beteiligung an der öffentlichen Politikgestaltung beinhalten. So enthält die Gleichstellungsstrategie 2021–2030 das Ziel „Verbesserung der Bedingungen für die Entwicklung der im Bereich der Geschlechtergleichstellung tätigen Zivilgesellschaft“ (Ziel 4.4), während die Strategie zur sozialen Eingliederung (2021–2030) darauf abzielt, „die Beteiligung von Menschen, die sozial ausgegrenzt oder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, an der Entscheidungsfindung zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung zu stärken“. Ähnliche Ziele finden sich auch im Nationalen Plan zur Förderung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen (2021–2025). Die während der OECD-Erkundungsmissionen und in meinen Interviews gesammelten Informationen zeigen, dass der bestehende politische Rahmen mit einer Reihe von Umsetzungsproblemen konfrontiert ist und dass insbesondere die strategischen Dokumente der öffentlichen Verwaltung und die zugehörigen Aktionspläne oft nicht vollständig umgesetzt werden und es ihnen nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit an Sichtbarkeit und Bewusstsein mangelt.

In ihrem Bericht macht sich die OECD Gedanken darüber, wie mit den öffentlichen Verwaltungen zusammengearbeitet werden kann und wie bei Ihnen die Akzeptanz der deliberativen Beteiligung als legitimes Mittel der Politikgestaltung gesteigert werden kann. Zu diesem Zweck empfiehlt sie die Aufnahme spezieller Schulungen zum Thema Partizipation in die obligatorische Ausbildung sowohl für etablierte als auch für alle neuen Beamten, um sie in die Thematik einzuführen und sie mit den entsprechenden Verfahren vertraut zu machen. Sie empfiehlt, die bestehenden Methoden und Handbücher für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Ausarbeitung von Regierungsdokumenten zu aktualisieren, um die neuesten Trends und Praktiken (z. B. repräsentative deliberative Prozesse) aufzunehmen. Darüber hinaus empfiehlt sie konkretere Ratschläge für die Beteiligung von (nicht gewählten) Vertretern der Öffentlichkeit zu erarbeiten, die weitergehende Aktivitäten als nur die nachträgliche Bewertung von Rechtsvorschriften (GFA) ermöglichen. Ebenso empfiehlt sie die Einrichtung des bereits erwähnten Zentrums für Bürgerbeteiligung, das sich mit Fragen der Beteiligung von Bürgern und Interessengruppen befasst.

Die Änderung des Gesetzes über lokale Volksabstimmungen wird als ein möglicher Weg gesehen, um deliberative Prozesse in die institutionalisierte Praxis auf lokaler Ebene einzubringen. In der Tschechischen Republik wurde die Möglichkeit eines lokalen Referendums zunächst allgemein durch das Gesetz Nr. 298/1992 Slg. des tschechischen Nationalrats über die Wahlen zu den Gemeinderäten und lokale Referenden geregelt. Später wurde diese Regelung durch das Gesetz Nr. 22/2004 Slg. über lokale Volksabstimmungen ersetzt, und im Jahr 2000 wurden Bestimmungen über bestimmte spezielle Arten lokaler Volksabstimmungen in das Gesetz über die Gemeinden und das Gesetz über die Hauptstadt Prag aufgenommen. Mit dem Gesetz Nr. 22/2004 Slg. wurde die für die Gültigkeit eines lokalen Referendums erforderliche Beteiligung auf 50 % der Wahlberechtigten erhöht. Bis zum 27. Februar 2018 wurden seit 2006 269 lokale Volksabstimmungen abgehalten; eine regionale Volksabstimmung gab es in der Tschechischen Republik noch nicht.

Nationale Volksabstimmungen haben keine Rechtsgrundlage in der Verfassung der Tschechischen Republik. Die einzige gesetzliche Regelung zu Volksabstimmungen war die zum Refe-

rendum über den EU-Beitritt der Tschechischen Republik, an dem sich 2003 mehr als fünfundfünfzig Prozent der Bürger beteiligten. Damals entschied eine Mehrheit von mehr als drei Millionen Menschen, dass die Tschechische Republik der Europäischen Union beitreten würde. Dies war auch das einzige nationale Referendum, das in der Tschechischen Republik durchgeführt wurde. Obwohl seit Jahren versucht wird, ein Gesetz zu verabschieden, das es den Bürgern erlauben würde, ein Referendum zu verlangen, wenn die erforderliche Anzahl von Stimmen gesammelt wird, hat das Gesetz noch nicht beide Häuser des Parlaments passiert.

## **5. Wie wirksam sind diese Strukturen? Gibt es Hindernisse oder Zwänge, die ihre Funktionalität einschränken?**

Die Tatsache, dass es seit Jahrzehnten lokale Volksabstimmungen gibt, während sich nationale nicht durchsetzen konnten, spiegelt die weit verbreitete Ansicht wider, dass Bürgerbeteiligung nur auf lokaler Ebene und bei kleineren bis marginalen Themen angebracht ist. Schließlich wird in Umfragen und Interviews immer wieder behauptet, dass „in der Tschechischen Republik die Bürger nur über Unsinn entscheiden und nicht nach den wesentlichen Fragen und Problemen gefragt werden“. Dieser Lokalismus spiegelt einen Mangel an Vertrauen in die geistige Fähigkeit der Bürger wider, über inhaltliche und systemische Fragen zu entscheiden. Volksabstimmungen sind auch aus einem anderen Grund wichtig zu erwähnen: Ein Teil der Öffentlichkeit und der politischen Repräsentation vermischt manchmal deliberative Prozesse und Volksabstimmungen und betrachtet daher fälschlicherweise Bürgerversammlungen als eine Form der direkten Demokratie. Die direkte Demokratie wird auf nationaler Ebene seit langem als ein Mittel zur Aushöhlung der Demokratie und als ein gefährlicher Weg angesehen, der von Populisten und extremen Parteien gefördert wird.

Eine stärkere Einbeziehung komplexer deliberativer Prozesse auf lokaler Ebene wird durch die Tatsache erschwert, dass es in der Tschechischen Republik 6254 Gemeinden und zusätzlich 206 Gemeinden mit erweiterten Zuständigkeiten gibt. Leider ist es fast unmöglich, bei einer so kleinen Anzahl von Gemeinden die professionelle Kapazität und das Bewusstsein für die Beteiligung zu haben. Natürlich gibt es rühmliche Ausnahmen, aber das sind wirklich nur wenige Aktive, die bewusst mit Partizipation arbeiten. Bei der Größe und Zersplitterung der Gemeinden ist es auch schwierig, die Partizipation aufrechtzuerhalten und regelmäßig umzusetzen. Auch die Regionen sind in diesem Bereich noch nicht sehr aktiv und hilfreich. In vielen Ländern haben sie Fachabteilungen, die den lokalen Behörden helfen. In der Tschechischen Republik gibt es keine institutionalisierte, staatlich organisierte Unterstützung, an die sich die Gemeinden wenden können. Es gibt auch keine Agenturen, die interessierten Gemeinden zu erschwinglichen Preisen „Know-how“ darüber vermitteln, wie systemische Veränderungen in bestimmten Bereichen (Daten, Entwicklung, Digitalisierung, Energiewende) auch mit Qualität und langfristiger Einbindung der Bürger umgesetzt werden können. Beide Formen der Unterstützung könnten das Umfeld verbessern und den Weg für den Einsatz von deliberativen Prozessen in der Praxis ebnen.

## **6. Wie wird deliberative Bürgerbeteiligung in der politischen Arena diskutiert und wahrgenommen? Ist sie weithin akzeptiert oder umstritten und wie ist die Haltung der relevanten politischen Akteure zum Thema Bürgerbeteiligung?**

Was die Umsetzung der Empfehlungen aus den partizipativen Prozessen betrifft, so ist das Problem hier leider das Fehlen einer sanften Personalpolitik, um die Qualität der Verwaltung aufrechtzuerhalten. Allzu oft kommt es bei der Wahl einer neuen politischen Vertretung zu einem Bruch in der Kontinuität und zu einer großen Personalfuktuation. Ein weiteres Problem ist das Misstrauen vieler Bürger, sich an partizipativen Prozessen zu beteiligen, weil sie nicht das Gefühl haben, dass die investierte Energie etwas bewirken kann.

Andererseits haben die Interviews gezeigt, dass selbst politische Parteien, die traditionell sehr zurückhaltend sind, wenn es darum geht, die Bürger einzubeziehen, sich in der Regel öffnen, wenn die Wahlen näher rücken, und ihre Bereitschaft zeigen wollen, mit den Bürgern zu kommunizieren und so an Legitimität zu gewinnen. Dies ist dann oft mehr PR als jede Bemühung, die Bürger systematisch in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Eine Analyse der politischen Parteien und ihrer Nähe oder ihres Widerstands gegen deliberative Prozesse würde den Rahmen dieses Berichts sprengen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Grüne Partei (die bei den letzten Parlamentswahlen weniger als 1 % der Stimmen erhielt) und die sehr kleine linke Zukunftspartei deliberativen Prozessen gegenüber langfristig sehr positiv eingestellt sind. Beide haben nur Vertreter auf lokaler Ebene und haben es nicht ins Parlament geschafft. Die Sozialdemokratie (ČSSD) befindet sich in einer Übergangsphase, und es wird eine Frage sein, ob sich die fortschrittliche Ausrichtung durchsetzen wird und sie bei den nächsten Wahlen ins Parlament einziehen kann. Dann besteht die Chance, dass sie auch deliberative Prozesse unterstützen wird. Im Moment gibt es weder die Grünen noch eine a priori linke Partei im Parlament. Die Parlamentsparteien äußern sich zurückhaltend (Piraten, STAN) oder traditionell ablehnend (TOP09 und ODS), aber auch hier ändert sich die Situation vor den Wahlen oder ist auf lokaler Ebene anders, wo selbst diese Parteien eine begrenzte Beteiligung in gewissem Maße unterstützen. Bei den Vertretern der ANO-Partei ist die Position unbekannt oder ändert sich im Laufe der Zeit. Die extremen Parteien (SPD) sprechen sich für die direkte Demokratie aus, unternehmen aber keinen Versuch, ihre Grundsätze in die Praxis umzusetzen.

Neben dem OECD-Bericht und seinen konkreten Empfehlungen haben sich auch die europäischen Bemühungen um die Institutionalisierung von deliberativen Prozessen in der Funktionsweise der EU auf die breitere Akzeptanz der Idee von deliberativen Prozessen ausgewirkt. Interviews mit Mitgliedern der Plattform für Bürgerversammlungen, die in der Tschechischen Republik seit drei Jahren Advocacy- und Bildungsaktivitäten durchführt, ergaben, dass sich die Öffentlichkeit und die politischen Vertretungen langsam für die Idee der inhaltlichen Bürgerbeteiligung bei politischen Prozessen öffnen. Die Voraussetzungen dafür sind Transparenz in der Organisation und Gestaltung, garantierte Qualität des Prozesses und politisches

Engagement für die daraus resultierenden Empfehlungen. Alle befragten Experten waren sich einig, dass deliberative Pilotprozesse (Bürgerversammlungen oder deliberative Cafés) eine Chance haben, umgesetzt zu werden, wenn ein bestimmtes Thema/Dilemma gut gewählt ist und auf staatlicher, lokaler oder regionaler Ebene Resonanz findet. Ein wichtiger Schritt zur funktionalen Institutionalisierung von deliberativen Prozessen scheint die Einrichtung eines Zentrums oder einer Beteiligungskammer zu sein, die eine Diskussion zwischen Praktikern und Akademikern zum Thema Qualitätsstandards und ethische Grundsätze ermöglicht und in der Lage wäre, die Qualität von Prozessen zu bewerten und ethische Grundsätze und Standards in der Praxis umzusetzen. Der Leiter des Sekretariats des Regierungsrates für Non-Profit-Organisationen äußerte Interesse an der Organisation einer nationalen Pilotversammlung mit der Idee, dass dies ein Weg wäre, um die Kapazitäten und das Bewusstsein für dieses Instrument innerhalb des Landes aufzubauen. Voraussetzung ist die Beschaffung von Finanzmitteln aus ausländischen Quellen und die notwendige Kommunikations- und Lobbyarbeit bei Regierungsbeamten und Behörden, um die Angst vor der Bürgerbeteiligung zu zerstreuen.

Mehr Demokratie und der systematische Einsatz von Bürgerversammlungen sind derzeit eine der drei Forderungen des studentischen Klimastreiks, der derzeit von Universitätsstudenten anlässlich des nationalen Feiertags am 17. November – dem Tag des Kampfes für Freiheit und Demokratie – organisiert wird. Nach der Bewegung „Extinction Rebellion“ und den geduldigen Bemühungen der „Plattform für Bürgerversammlungen“ ist dies der erste massive Aufruf zur Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung.

## 7. Interviews

Leiter des Sekretariats des Regierungsrates für nichtstaatliche Non-Profit-Organisationen,  
PhDr. Ing. Pavel Mička

Koordinatorin des Netzwerks für den Schutz der Demokratie, Mgr. Vendula Menšíková  
Fakultät für Architektur, CTU, Prag und Projekte mit überdurchschnittlicher Bürgerbeteiligung,  
Ing. arch. Petr Klápště, Ph.D.

Plattform für Bürgerversammlungen, Bc. Žofie Hobzíková

## 8. Links

<https://www.kr-vysocina.cz/blizi%2Dse%2Dverejne%2Dforum%2Dkraje%2Dvysocina%2D2023%2Dprobehne%2D23%2Dlistopadu/d-4122968/p1=122604>

<https://www.oecd-ilibrary.org/sites/40b23065-cs/index.html?itemId=/content/component/40b23065-cs#tablegrp-d1e2026-fc00d0219a>

<https://www.vlada.cz/cz/ppov/rnno/dokumenty/strategie-spoluprace-verejne-spravy-s-nestatnimi-neziskovymi-organizacemi-na-leta-2021-az-2030-189753/>

<https://www.vlada.cz/cz/ppov/rnno/dokumenty/metodika-participace-nestatnich-neziskovych-organizaci-v-poradnich-a-pracovnich-organech-a-pri-tvorbe-dokumentu-statni-spravy-197878/>

<https://www.mvcr.cz/volby/clanek/hodnoceni-vykonu-verejne-spravy-v-cr-a-doporuceni-pro-budouci-strategicky-rozvoj.aspx>

<https://www.zdravamesta.cz/cz/home/fora-zm>

<https://iprpraha.cz/stranka/72/participace>

## 9. Autorin

Andrea Culková, eine erfahrene Filmregisseurin und Forscherin, befasst sich in ihrer Arbeit seit langem mit der Dysfunktion des gesellschaftlichen Systems, sozialer Ungerechtigkeit und der Klimakrise (Filme wie „Sugar Blues“, „Do not Take My Life“, „Let’s Heal the Czech Republic“, „Grief“ usw.). Diese Themen führten zu ihrer Erforschung politischer Alternativen sowohl durch Filme als auch durch ihre laufende Doktorarbeit. Seit 2019 ist sie Expertin für deliberative Demokratie, arbeitet in weltweiten Kooperationen und ist Mitleiterin der tschechischen Plattform für Bürgerversammlungen. Ihr demnächst erscheinender Film „Arc of the Covenant“ bietet die einmalige Gelegenheit, Bürgerversammlungen in ganz Europa aus der Nähe zu beobachten und den Weg des Kontinents zur Rückbesinnung auf die alten demokratischen Wurzeln der deliberativen Entscheidungsfindung durch eine zufällig ausgewählte, informierte Öffentlichkeit zu erkunden.



Dieser Länderbericht ist Teil des Programms **Common Ground: Über Grenzen mitgestalten**, an dem insgesamt acht Länder teilnehmen. Das Projekt wurde von der Robert Bosch Stiftung initiiert und gefördert. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung.

### **Impressum**

#### **Veröffentlicht von**

Robert Bosch Stiftung GmbH  
Heidehofstrasse 31  
70184 Stuttgart, Germany  
[www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)

#### **Autorin**

Andrea Culková

#### **Redaktion**

Nicolas Bach, Fabian Dantscher, Sabine Fischer, Gordian Haas, Sylvia Hirsch, Eva Roth

#### **Layout**

mischen

#### **Copyright 2024**

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart  
All rights reserved